

Platz abbeck

Nr. 4, 30. Juni 2009

DIE LINKE.KÖLN

DIE LINKE. Köln Fraktion im Rat der Stadt Köln

V.i.S.d.P. DIE LINKE. Köln, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Mietobergrenze für die Messehallen festschreiben

In den letzten Wochen begegnete einem das Bankhaus Oppenheim nicht nur im Zusammenhang mit dem Messeskandal. Auch in der Arcandor-Krise spielt es eine Rolle. Es ist – inzwischen nur indirekt – auch bei Arcandor beteiligt. Das birgt bisher ungeahnte personelle Verflechtungen. Denn nicht nur der Oppenheim-Banker Graf Matthias von Krockow besitzt persönliche Anteile an der Messehalle, sondern auch der ehemalige Arcandor-Chef Dr. Thomas Middelhof und die Quelle-Großaktionärin Madeleine Schickedanz.

In beiden Unternehmungen verlangen die Eigner stolze Mieten. Die fünf Kaufhäuser, die der Esch-Oppenheim-Fonds von Karstadt kaufte und dann rückvermietete, müssen eine ähnlich hohe Mietlast tragen wie die Stadt Köln, im Fall Karstadt über 20 Mio. Euro. Karstadt kann darüber Konkurs gehen, die Stadt Köln dagegen nicht. Denn der Kölner Steuerzahler muss bis 2035 bleiben.

Das wollen wir nicht! Deshalb hat die Fraktion der LINKEN einen Antrag gestellt, mit dem Bankhaus Oppenheim in Verhandlung zu treten. Einen guten Anpack für eine Neuverhandlung liefert ausgerechnet der Sprecher der persönlich haftenden Gesellschafter des Bankhauses Oppenheim, Matthias Graf Krockow. Er erklärte bei einem zivilrechtlichen Verfahren gegen den Autor Werner Rügemer an Eides Statt: „Die Mietforderung wird unter Berücksichtigung der entsprechenden Indexsteigerung unter 700 Millionen liegen.“

Die Fraktion möchte Graf Krockow dabei gerne beim Wort nehmen. Damit sollte es der Stadt doch möglich sein, genau diese Mietsumme als Obergrenze festzuschreiben.

Im Antrag fordert DIE LINKE dann auch folgerichtig eine Deckelung der Mietkosten auf höchstens 700 Mio. Euro. Darüber hinaus soll das Bankhaus Oppenheim eine Schadensausgleichszahlung leisten bzw. sich an den Schulden der Sparkasse beteiligen.

Das soll durch eine stille Einlage bzw. den Erwerb von Genussrechten geschehen.

Fortsetzung Seite 2 ❖

Stadt zahlt armen Kindern Erstausrüstung für die Schule

Gemeinsam mit SPD und Grünen wird DIE LINKE den weiteren Ausbau des Köln-Passes beschließen.

Nach einem langwierigen Diskussionsprozess konnte sich die Fraktion in einem gemeinsamen Antrag insbesondere mit zwei Forderungen durchsetzen. Endlich erhalten auch Niedrigverdiener, die bis zu 130 Prozent der ALG II-Regelsätze verdienen, einen Köln-Pass. Dafür hatte DIE LINKE hatte schon vor der Wiedereinführung des Köln-Passes mit einer Unterschriftenaktion Druck gemacht. Bisher war die Grenze bei 110 Prozent gezogen worden.

Auch die Leistungen für Schulanfänger werden erweitert. Zukünftig können Eltern das Geld für die Erstausrüstung ihres I-

Dötzchens zurück erhalten, auf Antrag bis zu 160 Euro.

DIE LINKE hatte einen entsprechenden Antrag bereits in die Februarsitzung des Rates eingebracht. Damals zierte sich Rot-Grün noch. Der gemeinsame Antrag jetzt ist ein Erfolg aller Kölnerinnen und Kölner, die sich gegen Kinderarmut engagieren. Wohlfahrtsverbände, Erwerbsloseninitiativen und GEW machen seit langem auf das Problem aufmerksam, dass in den Hartz-IV-Regelsätzen kein Geld dafür enthalten ist.

Auch der vom Bund 2009 erstmalig gewährte Zuschuss von 100 Euro pro Schuljahr für die Empfänger von ALG II und Sozialgeld deckt höchstens die laufenden Kosten. Auf den Monat gerechnet haben die Kinder dadurch 8,34 Euro. Das reicht noch ❖



Die Ratsfrau der LINKEN, Özlem Demirel ist selbst Studentin und befand sich unter den Streikenden des Bildungstreiks: „Viele Forderungen der SchülerInnen und StudentInnen finden sich in Anträgen, Anfragen und Initiativen der Fraktion DIE LINKE. Köln wieder, auch im aktuellen Ratsantrag zur Schaffung einer weiteren integrativen Gesamtschule in Köln. Mehrheiten für parlamentarische Initiativen müssen aber auf der Straße erstritten werden.“

Öffentlicher Schutzschirm für Arbeitsplätze bei KHD Humboldt-Wedag!



Zur Ratssitzung am 30. Juni hat DIE LINKE einen Antrag vorgelegt, die Verantwortung der Stadt Köln für die Arbeitsplätze bei KHD Humboldt-Wedag festzuschreiben und den Kampf der Kollegen seitens des Rates zu unterstützen. Der bisherige Besitzer, der Private Equity Fonds „Mass Financial“, plante den Betrieb in Kalk (ca. 100 Arbeitsplätze in der Fertigung und im Lager) zu schließen und 80 Arbeitsplätze im Bereich Entwicklung in Holweide abzubauen. Damit wäre fast die Hälfte der ca. 400 Jobs vernichtet.

Die Belegschaft reagierte darauf mit Protesten während der Arbeitszeit und mit dem Knüpfen von Verbindungen zu anderen Belegschaften und der Bevölkerung vor allem in Kalk.

Im Mai verkündete der indische Konzern McNally Bharat, er wolle die Fertigung übernehmen und die Arbeitsplätze erhalten. Ursprünglich sollte der Verkauf Anfang Juni erfolgen, bis zum Redaktionsschluss hatte sich jedoch nichts Konkretes getan. Offen ist, ob es ein wirkliches Kaufinteresse gibt oder die Belegschaft möglichst lange im Unklaren über ihre Zukunft gelassen und so auseinander dividiert werden soll.

Auch bei einem Kauf sind die Jobs keineswegs gerettet. Kollegen vermuten, dass McNally auch ein „Zwischenhändler“ sein

könnte, um nach einem Jahr Wartezeit die Jobs billiger abzubauen als es der bisherige Besitzer hätte tun können, da dieser eine höhere Abfindung zahlen müsste. Nach ihren Informationen soll McNally 6 Mio. Euro für den „Kauf“ der Fertigung erhalten. Mass Financial kommt dieses Verschenken billiger als die Zahlung von Abfindungen für die zum Teil 30-jährige Tätigkeit der Kollegen, die sich auf 16 Mio. summieren würde.

Gleichzeitig plant der Motorenbauer Deutz AG, mehreren Hundert unbefristet Beschäftigten in Köln betriebsbedingt zu kündigen. Leiharbeiter und Befristete mussten schon zuvor gehen. Einige der letzten qualifizierten Industriebjobs im Rechtsrheinischen sind in Gefahr!

Die Arbeitsplätze werden gefährdet bleiben, solange sie nur Manövriermasse für die kurzfristigen Profite von Finanzfonds sind. 1996 sind öffentliche Gelder in die Rettung von KHD/Deutz AG geflossen. Wenn dies dazu führt, dass private Investoren die mit öffentlichen Geldern sanierten Teile herauspicken, um kurzfristige Profite zu realisieren und dann den Laden zu schließen, wären die öffentlichen Gelder verschleudert worden. Jetzt ist die Zeit, diese Betriebe auch der Kontrolle der Belegschaften und der öffentlichen Hand zu unterstellen.

Claus Ludwig

Fortsetzung von Seite 1: **Messe**

Auf diesem Wege ist es möglich, das Eigenkapital der Sparkasse zu erhöhen, was der Rat erst Anfang dieses Jahres aus städtischen Geldern getan hat.

Wir müssen verhindern, dass sich die verantwortlichen Akteure aus der Verantwortung stehlen, nachdem sie sich mit diesen Geschäften bereichert haben. Schließlich kommt auf die Stadt eventuell noch die Strafe aus Brüssel wegen der fehlenden Ausschreibung dazu. Dieses Vorhaben zu unterstützen und nicht aus wahltaktischen Erwägungen den Antrag der LINKEN abzulehnen, sollte deswegen eine Selbstverständlichkeit für jedes verantwortungsbewusste Ratsmitglied sein!

Jörg Detjen

Fortsetzung von Seite 1: **Erstausstattung**

nicht mal für das verbilligte Mittagessen von einem Euro pro Tag, das auch jetzt schon viele Eltern mit Köln-Pass nicht mehr bezahlen können.

Wenn Mäppchen, Ranzen und Turnzeug gekauft werden müssen, ist das für viele Erwerbslose und Geringverdiener ein schier unlösbares Problem. Gerade die einmaligen Anschaffungen aber begleiten das Kind mehrere Jahre. Sie müssen nicht nur sicher und gesundheitsförderlich sein. Sie sollen auch der Stigmatisierung und Benachteiligung von armen Kindern entgegenwirken.

Dass man Kindern ihre Armut schon an den Schulsachen ansieht, gehört in Köln bald der Vergangenheit an. Damit sind wir einen wichtigen Schritt in Richtung Bildungsgerechtigkeit und Bekämpfung von Kinderarmut weiter gekommen.

Jörg Detjen

Protest gegen Lohn-dumping bei Kötter Airport Security

Aktive der LINKEN und der Erwerbslosen-Bewegung haben am 26.6. am Tor A des Köln-Bonner Flughafens gegen den vermehrten Einsatz von Praktikanten und die Arbeitsverdichtung bei Kötter Airport Security protestiert. Die Firma führt die Einlasskontrollen von Flughafen-Beschäftigten und dort tätigen Firmen durch.

Laut Informationen von Kötter-Beschäftigten wurden einige befristete Verträge 2009 nicht verlängert. Stattdessen werden Praktikanten eingesetzt, von denen die meisten wiederum nach einem Monat neuen Praktikanten weichen müssen.

Außerdem wurde die Besetzung in den Kontrollcontainern von drei auf zwei Leute reduziert. Die vorgeschriebenen Aufgaben sind kaum zu schaffen.

Es besteht der Verdacht, dass das Lohn-dumping mit öffentlichen Geldern gefördert wird. Die Praktikanten durchlaufen zuvor eine dreimonatige Ausbildung zum „Luftsicherheitsbeauftragten“. In Stellenausschreibungen von Arbeitsagenturen wurde eine auf 12 Monate befristete Stelle angeboten, die sich „... im Allgemeinen ... verlängert ...“.

Während der Ausbildung und des Praktikums bekommen die Praktikanten ALG II. Um die Ausbildung anzutreten, ist ein „Bildungsgutschein“ der Arbeitsagentur nötig. Auch die „Kötter Akademie“ bietet den Lehrgang an. Die Kosten von 2.808 Euro für den Lehrgang könnten laut Kötter Website von Arbeitsagenturen übernommen werden.

Es sieht so aus, dass Kötter Airport Security die Leute kostenlos ausgebildet bekommt, sie dann eine Zeit lang umsonst arbeiten lässt und dies anscheinend nutzt, um Vollzeit-Stellen abzubauen. Verdient das Unternehmen etwa auch noch an der Ausbildung!?

Die KollegInnen am Tor A fürchteten um ihren Job, wenn sie offen Kritik üben, nur wenige haben unbefristete Verträge. Daher hatten sie um Hilfe gebeten.

Die Resonanz auf die morgendliche Flugblatt-Verteilung am Flughafen war klasse. Die KollegInnen bedankten sich für die Unterstützung. LKW-Fahrer und Bauarbeiter meinten, sie hätten es den Sicherheitsleuten auch schon gesagt, dass sie sich diese Bedingungen nicht gefallen lassen sollen.

Die Leitung der Flughafen GmbH wurde durch Ratsanfrage der LINKEN und durch die Aktion aufgeschreckt. Personalchef, Pressesprecher und Security-Chef samt Mannschaft rückten am Tor A an, gaben sich betont freundlich und drückten ihre Sorge um die „Unruhe“ aus. Auch der in der Kritik stehende Niederlassungsleiter von Kötter Airport Security, Herr Kramer, erschien, wollte sich aber nicht zur Sache äußern.

Claus Ludwig

Aus den Bezirken:

Erste Bäderbeiräte gewählt

Die Einrichtung von Beiräten für Kölner Schwimmbäder geht auf die Weiterentwicklung des Bäderkonzeptes durch die Verwaltung zurück. Diese Weiterentwicklung hatte die Fraktion DIE LINKE. Köln eingefordert, nachdem Schließungspläne für die Schwimmbäder in Rodenkirchen, Weiden und Nippes der KölnBäder GmbH bis 2011 auf Druck der LINKEN und Bürgerprotesten gestoppt worden sind. Ziel der Beiräte ist es, die Bürgerbeteiligung zu gewährleisten. Nutzerinnen und Nutzer sollen am Betrieb der Bäder beteiligt werden; sie sollen ein Mitspracherecht und Informationen erhalten.

Die Beiräte bestehen aus drei interessierten Bürgerinnen oder Bürgern aus dem Stadtbezirk, die sich bewerben konnten und danach durch die Bezirksvertretung gewählt wurden bzw. noch gewählt werden. Als viertes Beiratsmitglied wählt die Bezirksvertretung eines ihrer Mitglieder.

Nach Ende der Bewerbungsfrist ist klar, dass nur für sechs der 16 Kölner Schwimmbäder Beiräte gebildet werden können, in Mülheim, Höhenberg, Nippes, Rodenkirchen, Weiden und Zollstock. Doch 104 eingegangene Bewerbungen zeigen das große Interesse der Kölnerinnen und Kölnern an den Schwimmbädern und die Bereitschaft, sich für 'ihre' Bäder zu engagieren. Nun müssen zügig Maßnahmen folgen, damit auch die restlichen zehn Schwimmbäder einen Bürgerbeirat erhalten.

In Bädern, in denen sich zu wenige Bürger gemeldet haben, muss die Werbung für dieses Ehrenamt intensiviert werden. Wir müssen auch überdenken, ob es wirklich sinnvoll ist, dass Mitglieder des Bäderbeirates unbedingt immer in dem Stadtbezirk wohnen müssen oder ob es ausreicht, dass sie das Schwimmbad nutzen. Diese Regelung wird den Bädern nicht gerecht, die ein gesamtstädtisches Einzugsgebiet haben, wie etwa das Agrippabad oder das Stadionbad.

Felix Schulte

5.200 Unterschriften gegen die „Autobahn“ am Rheinufer

Nach einem Ratsbeschluss vom September letzten Jahres soll die Rheinuferstrasse zwischen Ubierring und Schönhauser Strasse auf sechs Fahrspuren verbreitert werden. Das bedeutet auch das Ende für die denkmalgeschützte Lindenallee entlang der Strasse. DIE LINKE hatte damals dagegen gestimmt.

Jetzt hat die Bürgerinitiative Südliche Altstadt (BISA) den Fraktionen ein dickes Bündel Protestunterschriften überreicht. Über 5.000 Menschen haben damit ihren Protest zum Ausdruck gebracht. Sie for-

dern ein Aussetzen des Ratsbeschlusses und eine Neudiskussion der Zukunft der Rheinuferstrasse.

Mehr Infos unter: www.kein-kahlschlag.de

■ Innenstadt

Hände weg vom Klingelpützpark

Auf einer Protestveranstaltung der Bürgerinitiative Klingelpützpark am Sonntag, den 21. Juni waren um die 80 Leute da. Nachdem der Regen sich verzogen hatte, kam so richtig Stimmung auf. Beginn war ein Vortrag von Dr. Stracke vom Rheinischen Verein für Denkmalpflege, der sehr deutlich die Bedeutung dieses Parks darstellte. Der Bezirksbürgermeister Andreas Hupke betonte in seiner Rede, dass die Bezirksvertretung ohne Wenn und Aber gegen eine Bebauung des Parks steht. Auch Martin Börschel, Fraktionsvorsitzender der SPD sprach und versuchte die indifferente Stellung der SPD zu rechtfertigen, was bei den Zuhörern nicht so besonders gut ankam.

Auf Wunsch von Dr. Stracke und dem Sprecher der Bürgerinitiative hielt Peter Löwisch als Vertreter der LINKEN ebenfalls eine kurze Rede. Der Kandidat für die Bezirksvertretung Innenstadt konnte als Bewohner des Viertels, und damit mit den Problemen des Parks bestens vertraut, die Situation aus Sicht eines Betroffenen ansprechen.

Peter Löwisch

■ Porz

Finkenberg einfach abreißen?

Und das nach weniger als einer halben Stunde Diskussion beschließen? Die CDU hatte mit der demographischen Entwicklung ihren Antrag begründet, marode Hochhäuser aufzukaufen und abzureißen. Von Ersatzwohnungen war in ihrem Antrag nicht die Rede, lediglich von Entmietung. Mit einem Ersetzungsantrag, der zwar die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften ins Spiel brachte, sich aber gleichfalls über Ersatzwohnungen für die Betroffenen und Ersatzbebauung ausschwig, nahm die Porzer SPD den von ihrem OB-Kandidaten Roters ins Spiel gebrachten Ball wieder auf.

Es gibt Hochhäuser in Finkenberg, die als Zeugnis für Brechts Satz taugen, dass man Menschen auch mit einer Wohnung töten kann, und Eigentümer, die sich einer Sanierung hartnäckig widersetzen. Doch ein ohne Rücksicht auf die betroffenen Menschen und die Wohnungsknappheit in Köln - und ohne die Frage einer Enteignung - durchgezogener Kahlschlagskurzschluss löst kein Problem. Zumal der Konsens der ‚Volksparteien‘ in dieser Frage erkennbar mit dem populistischen Wahlversprechen für den ideellen Porzer Durchschnittseigenheimbesitzer verbunden war,

mit den Häusern auch die sozialen Probleme aus dem Gesichtskreis der heilen Welt der 13 Dörfer zu verbannen.

Als Reaktion auf die Kritik von LINKEN und Grünen, die gegen den Antrag stimmten, wurde immerhin die von LINKEN-Bezirksvertreter Lindweiler als Mindestvoraussetzung einer ernsthaften Debatte eingeforderte Ersatzbebauung und ein Bezug auf den städtischen Wohnungsgesamtplan in den Kompromiss der Volksparteien aufgenommen. Verantwortungsbewusste und soziale Wohnungspolitik für Köln geht angesichts des gegen den Bundestrend steigenden Wohnraumbedarfs aber anders.

Wolfgang Lindweiler

■ Porz

Wie weiter mit Porz-Mitte?

Mit dem zum 31.8. angekündigten Aus für Hertie spitzt sich die Frage nach der Zukunft der Porzer Innenstadt zu. Trotz laufender Verhandlungen um eine Übernahme, an denen die Stadt nicht beteiligt ist, steht völlig in den Sternen, wie es mit dem Zentrum in der Porzer Innenstadt weiter geht. Während die Stadtverwaltung in der letzten Bezirksvertretungssitzung lediglich die Schließung der maroden Tiefgarage und erschreckende Kenntnislücken über die Eigentumsverhältnisse an deren Ausrüstung beizutragen hatte, übten sich SPD und CDU in ungewohnter Einigkeit: Die beiden ‚Volksparteien‘ beantragten gemeinsam eine Vertagung der Diskussion mit der Begründung, in den Sommerferien gemeinsame Vorschläge erarbeiten zu wollen.

Richtigstellung:

Zum Thema ist uns in der Novemberausgabe ein Fehler unterlaufen. Hintergrund des Versehens: Hauptsächlich wurde damals in der Bezirksvertretung um den Antrag gestritten, das von der Verwaltung vorgelegte Konzept ohne Votum zur Kenntnis zu nehmen. CDU und pro Köln lehnten dies ab und ließen so die Möglichkeit offen, auch vor der Bürgeranhörung eigene Stellungnahmen in der BV zu beschließen. Anders in der Novemberausgabe berichtet hat jedoch pro Köln in einer weiteren Abstimmung dem Beschluss zur Durchführung einer Bürgeranhörung in der BV zugestimmt.

Diese Bürgeranhörung hatte eine deutliche Tendenz der Porzer Bürgerinnen und Bürger für eine lebendige Innenstadt mit hoher Aufenthaltsqualität und gegen die von der Interessengemeinschaft der Einzelhändler geforderte Vollbebauung des Friedrich-Ebert-Platzes gezeigt. Mit der Investorensuche für Hertie steht zu befürchten, dass nunmehr nicht ein Entwicklungskonzept, sondern kurzfristige Investoreninteressen die weitere Entwicklung bestimmen.

Wolfgang Lindweiler

Kinderarmut in Köln – Stadt muss handeln

Im europäischen Jahr der Chancengleichheit 2007 wurden die Kölner Bürgerinnen und Bürger durch die Bekanntgabe neuer statistischer Zahlen aufgeschreckt. Jedes vierte Kölner Kind musste als arm gelten. Diese Zahl hat bis heute Gültigkeit. Dabei geht die Schere in Bezug auf die einzelnen Stadtteile weit auseinander und reicht von 0 % bis über 63 %.

Die Situation veranlasste die Ratsmitglieder in der Ratssitzung am 08.11.2007, einstimmig die Verwaltung aufzufordern, einen jährlichen Sozialbericht zu erstellen. Außerdem sollte sie ein Handlungskonzept gegen die Folgen von Kinderarmut entwickeln, „das allen Kindern und Jugendlichen in Köln unabhängig vom sozialen Status der Familien einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Sport, Kultur und sonstigen ...Bereichen...ermöglicht.“ Dieses Handlungskonzept liegt nun vor und soll „zur Kenntnis“ genommen werden.

Die Verwaltung hat auf 35 Seiten acht Handlungsfelder bearbeitet, in denen sie sich mit bereits beschlossenen, noch zu erweiternden und zukünftigen Maßnahmen auseinandersetzt. Darunter sind Maßnahmen, die die Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat und den Ausschüssen gefordert hat und zu deren Durchsetzung sie beitragen konnte, z.B. der Köln-Pass, das Projekt „Schwimmen macht Schule“ und die integrative – besser wäre noch inklusive - Erziehung in den Kitas und Schulen. Nicht einverstanden ist DIE LINKE mit Vermittlungsbemühungen in 1-Euro-Jobs oder Minijobs. Auch Maßnahmen wie das Haus des Jugendrechts stießen immer wieder auf Widerstand der Fraktion.

Doch wenn als „langfristiges Ziel“ gelten soll, „dass zukünftig jedes Kind mit sonder-

pädagogischem Förderbedarf an seiner allgemeinbildenden Schule in der Nähe des Wohnortes bleiben und dort gefördert werden kann“, dann findet DIE LINKE hier eine ihrer grundlegenden Forderungen in diesem Konzept wieder. Auch an anderer Stelle kommt die Vorlage DER LINKEN weit entgegen: wenn „die Gesetzeslage – insbesondere ALG II – als eine hauptsächliche strukturelle Ursache von steigender Armut“ bezeichnet wird, können wir dem nur zustimmen. Hartz IV ist eben Armut per Gesetz. Das steht bis heute auf vielen Wahlplakaten der Partei DIE LINKE.

Aber die Zeit drängt und die Stadt steht unter Druck, das merkt man dem Konzept an. Die Analyse wird nur knapp gestreift, und im Mittelpunkt des Konzeptes steht die Auflistung von (möglichen) Handlungen, teilweise in enger kommunaler Führung. Von einem wirklichen Konzept erwartet die Fraktion DIE LINKE. Köln, dass den strukturellen Ursachen von Armut in der Gesellschaft mehr Raum eingeräumt wird. Auch geht das Konzept sehr stark vom Mangel und den Handicaps der Menschen aus. Die positiven Handlungsfelder wie die Vermittlung von lebensbejahenden und kinderfreundlichen Werten, von Selbstbestimmung und Lebensfreude kommen zu kurz. Der Vorschlag der Verwaltung zu einem Handlungskonzept gegen die Folgen von Kinderarmut ist ein erster Schritt in der Debatte. Eine Erweiterung und Veränderung durch den neu gewählten Rat wird sich als notwendig erweisen, bevor die erweiterten Maßnahmen umgesetzt werden. Genauso notwendig ist aber auch die Erstellung und Veröffentlichung des Sozialberichtes. Schließlich ist der letzte Bericht 2004 erschienen.

Michael Kellner

Debatte: Handlungskonzept gegen die Folgen von Kinderarmut

Die Bekämpfung von Folgen der Kinderarmut ist ein sehr fragwürdiges Vorhaben. Ohne die tatsächlichen Ursachen von Armut zu benennen und zu beseitigen, ist die Bekämpfung der Folgen nichts weiter als Symptombehandlung, welche zum ewigen Betätigungsfeld für die „HelferInnen“ wird. Die Argumentation, die Kinder aus einem generationsübergreifenden Teufelskreis der Armut heraus zu holen und damit die Folgen der Armut vorgeblich einzudämmen, täuscht Effizienz eines solchen Vorhabens vor. Im Rat der Stadt rechtfertigt man dieses Vorgehen damit, dass „die Gesetzeslage“ die „strukturelle Ursache von steigender Armut“ sei UND „über kommunales Handeln nicht zu verändern“ sei. Hier zieht man sich aus der Verantwortung!

Das bekannt gegebene Konzept mit finanziellem Volumen von 100 Mio. Euro (dabei 90 Mio. Euro allein für Maßnahmen wie Ein-Euro-Jobs) beinhaltet zwar eine Ursachen-Analyse. Hier werden die betroffenen Eltern und Kinder pathologisiert und psychologisiert (soziogene Ursachen). Tatsächliche Ursachen wie Gettoisierung und Ausgrenzung der Betroffenen und das katastrophale Bildungssystem bleiben unberücksichtigt. Daher werden wichtige Ansätze zur Bekämpfung der Ursachen auch nicht vorgeschlagen: z. B. die Umgestaltung der Schulen in „Häuser des Lernens“, eine menschenfreundliche Wohnungsbau politik und eine gerechte und sinnvolle Beschäftigungspolitik!

Cindy Kolter, Mitglied des Arbeitskreises „Aufstehen gegen Hartz IV!“ und Direktkandidatin für den Bundestag

Solidarität mit der iranischen Jugend

DIE LINKE unterstützt die Proteste der IranerInnen. Die Gruppe „Unabhängige iranische Jugend, Studierende und politische Aktivisten“ führte auf dem Neumarkt einen 2-tägigen Hungerstreik durch. Die jungen IranerInnen lehnen nationalistische Symbole ab und distanzieren sich auch vom Kandidaten Mussawi. Sie kämpfen für volle demokratische Rechte und damit für den Sturz der klerikalischen Diktatur. Auf der Auftakt demo sprach Ratsmitglied Claus Ludwig vor rund 400 TeilnehmerInnen. Die internationalistischen Grüße kamen gut an, die iranischen Aktivisten wollen die Zusammenarbeit mit der Arbeiterbewegung und Linken weltweit. Auch der DGB-Jugendsekretär Stephan Otten und Mitglieder von linksjugend.solid sowie des Antifa AK besuchten die Hungerstreikenden.

Claus Ludwig

OB Schramma lässt ErzieherInnen im Stich

Die Erzieherinnen und Erzieher der Kitas und die Beschäftigten des allgemeinen sozialen Dienstes des Jugendamtes sind sauer auf Oberbürgermeister Schramma. Davon konnten sich der Fraktionsvorsitzende Jörg Detjen und die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und jugendpolitische Sprecherin Özlem Demirel der Fraktion DIE LINKE. Köln überzeugen. Sie besuchten am 4. Juni die Streikenden am Hans-Böckler-Platz:

Oberbürgermeister Schramma ist ein schlechter Dienstherr, wenn er die städtischen Mitarbeiter diffamiert und als „unverantwortlich“ bezeichnet. Eine Wertschätzung der guten Arbeit der Erzieherinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes hört sich anders an.

Die Arbeitsbedingungen der ErzieherInnen sind durch Kibiz stark verschlechtert

worden. So sollen die Beschäftigten die frühkindliche Bildung fördern, Sprach erziehung durchführen und Defizite ausgleichen. Allein die notwendige Personalausstattung haben sie nicht bekommen.

Auch der Ausbau der Plätze für unter dreijährige Kinder fordert die Gesundheit der Angestellten. So gibt es kaum geeignete Möbel wie höhenverstellbare Wickeltische.

Zum Streikziel eines Gesundheitstarifvertrages kommt die Wut über unzureichende Bezahlung. Die Forderungen der streikenden SozialpädagogInnen, -arbeiterInnen und ErzieherInnen sind berechtigt und die Umsetzung ist längst überfällig. Denn Bildung ist der entscheidende Zugang zur gesellschaftlichen Teilhabe.

Deshalb fordert DIE LINKE im Kölner Rat den Stadtvorstand auf, auf den Kommunalen Arbeitgeberverband einzuwirken, damit den Forderungen der Streikenden entsprochen wird.

Özlem Demirel, Jörg Detjen

Aus den Ausschüssen:

■ Bauen und Wohnen

Wohnen ist Menschenrecht

Der Mieterverein Köln hat der Verwaltung einen Forderungskatalog an die Kölner Kommunalpolitik übersandt. Im Ausschuss wurde lapidar vermerkt: „Zur Kenntnis genommen“. Die Fraktion DIE LINKE. Köln begrüßt und unterstützt ausdrücklich die Forderungen des Mietervereins. Neben vielen Punkten, wie die gewünschte Durchmischung der Wohnquartiere (sowohl in immigrations- wie sozialpolitischer Hinsicht), wünscht der Mieterverein, dass allen Menschen in unserer Stadt gesunde und qualitativ gute Wohnungen zur Verfügung stehen. Der Mieterverein Köln fordert außerdem, dass die GAG als städtisches Wohnungsunternehmen erhalten bleibe. Dem wäre nur noch die Forderung nach Rekommunalisierung hinzuzufügen, da als Aktiengesellschaft nach bestehendem Recht die Transparenz, die für ein solches Unternehmen notwendig ist, nicht gegeben ist.

Besonders zu begrüßen ist, dass der Mieterverein, auf die Situation von Beziehern des Arbeitslosengeldes II reagiert und fordert, dass niemand zum Umzug gezwungen werden solle. Dazu ist anzumerken, dass in Köln die Aufforderung, sich eine andere Wohnung zu suchen, recht selten ist. Entsprechende Anfragen bei der Stadt Köln ergeben auch keine anderen Auskünfte. In der Regel müssen die Menschen jedoch, wenn sie nicht vor das Sozialgericht ziehen, die Mehrkosten aus ihrem Regelsatz (Hartz IV) bestreiten. Es muss also gefordert werden, dass die vollen Kosten der Unterkunft von der ARGE getragen werden.

Bei einer Steigerung der nominalen Löhne im Bereich von 2% und erlaubter Steigerungen der Mieten im Bereich von 20% ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Mieten die Löhne übersteigen. Staffelmieten sind seit Beginn der Ära Kohl legal. Die Regierungen, an denen die SPD beteiligt war, haben sich nie daran gestört. Es bleibt dabei: Wohnen ist Menschenrecht.

Bernd Weber

■ Verkehr

Fernbahnhof braucht optimalen Anschluss

Täglich erreichen zwischen 70 und 80 Busse beispielsweise aus Moskau oder Lissabon den Breslauer Platz in Köln. Für viele Menschen ist die Fernbusreise eine preiswerte Alternative zum Flugzeug, zur Eisenbahn oder zum PKW. Im Zuge der Umgestaltung des Breslauer Platzes plant die Stadt diese Fernbuslinien zu verlegen.

Am Breslauer Platz ist es eng. Es gibt viele Konflikte zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln (Fußgänger, Radler, Stadtbusse, Re-

gionalbusse, Touristenbusse und Fernbusse). Die Frage nach einer Entzerrung ist legitim. Eine Verlegung von Regionalbussen kommt richtigerweise nicht in Frage.

Doch die Verwaltung macht es sich mit den Vorschlägen, den Fernbusbahnhof nach Weiden oder nach Porz zu verlegen, zu einfach. Der Busbahnhof braucht nicht nur einen Autobahnanschluss, sondern auch einen optimalen Anschluss an den ÖPNV. Dreiviertel aller Menschen, die mit dem Fernbus fahren, kommen mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu ihrem Abreisepunkt. Zentrale Fernbusbahnhöfe gibt es auch in anderen Großstädten wie Hamburg, Düsseldorf und Mannheim. DIE LINKE im Rat der Stadt fordert die Verantwortlichen in der Verwaltung auf, noch einmal intensiv über eine zentrale Lösung für den Fernbusbahnhof nachzudenken und den politischen Entscheidungsgremien alternative Vorschläge zu unterbreiten!

Michael Weisenstein

■ Soziales und Senioren

Eine Stadt für alle

Im Februar 2007 hat das Büro der Kölner Behindertenbeauftragten seine Arbeit aufgenommen. 2 Jahre später finden wir ein „Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik“ von 128 Seiten vor, in dem praktisch alle Bereiche der Behindertenpolitik der Stadt ausführlich dargestellt und behandelt werden.

Die „Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik“, die wirklich ein Erfolgsmodell ist, wird ausführlich dargestellt. Im Wesentlichen haben hier die Vertreter und Vertreterinnen der Behindertenorganisationen und der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege das Sagen, und nur sie sind stimmberechtigt. Von hier ging auch die Initiative zur Einrichtung eines Büros der Behindertenbeauftragten aus.

Ein weiterer wichtiger Hinweis ist die klare Unterscheidung zwischen „Inklusion“ und „Integration“. Während die Integration noch Menschen mit Behinderungen „in das vorhandene Regelsystem“ einordnen will, wird in der Inklusion „die Unterschiedlichkeit...zur Norm und zum Ausgangspunkt aller pädagogischen Überlegungen.“ Köln ist eben nicht eine Stadt auch für „Randgruppen“, sondern eine Stadt für alle. Der Titel stimmt und ist Programm.

Das Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik scheut die Konsequenzen nicht, die sich daraus ergeben, auch wenn sie unbequem sind. So stellt sich das Konzept entsprechend dem Anliegen der Stadtarbeitsgemeinschaft – „eindeutig und einstimmig hinter die Bemühungen für den gemeinsamen Schulbesuch von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung“. Die unterschiedliche Handhabung

des Gemeinsamen Unterrichts (GU) – europäischer Durchschnitt: 60 %, bundesdeutscher Durchschnitt: 15,7 % – zeigt, „dass ‚Integrationsfähigkeit‘ offensichtlich nicht die Eigenschaft eines Kindes, sondern die eines Bildungssystems ist.“ Das Konzept geht sogar noch einen Schritt weiter, wenn erwähnt wird, „dass der deutsche Weg der (frühen) Aufteilung der Kinder auf Schultypen bundesweit vermehrt in Frage gestellt wird.“ Eine solche Aussage in einem Handlungskonzept der Stadt kommt der LINKEN sehr gelegen. Schließlich macht sie zur Zeit eine Kampagne zur Gründung einer weiteren Gesamtschule in Köln, einer „Schule für alle“ mit Gemeinsamen Unterricht.

Positiv ist auch, dass das Konzept nicht vom Mangel und von den Handicaps der Betroffenen ausgeht. Es fußt vor allem auf uneingeschränkter Teilhabe, auf völliger Gleichstellung und dem Recht auf Selbstbestimmung. Und: Behinderung ist kein statischer Begriff, der nur eine bestimmte Gruppe betrifft. Es gibt „Wechselwirkungen zwischen Menschen und Beeinträchtigungen“. Und die geforderten Maßnahmen bedeuten für uns alle mehr Komfort und mehr Lebensqualität.

Bleibt zum Schluss noch der Wunsch an das Konzept, in der Fortschreibung die Parteien aufzufordern, auch ihren Beitrag für die „Politische Teilhabe und Mitwirkung“ (Kap. 13) von Menschen mit Behinderungen zu liefern, d.h. ihre Bürozugänge barrierefrei zu gestalten, die Veranstaltungen barrierefrei zu organisieren und ihre Programme endlich auch in leichter Sprache zu verfassen.

Michael Kellner

■ Umwelt und Grün

Links wirkt!

Zur mündlichen Anfrage der LINKEN bezüglich des Klimawandels und die Konsequenzen für Köln traf die Antwort ein. In den ersten zweieinhalb Absätzen steht leider nichts anderes, als in der Klimastudie NRW auch schon steht. In der zweiten Hälfte der Antwort schließlich wird deutlich gemacht, warum Handlungsempfehlungen für Köln auf sich warten lassen müssten, aber es wird versprochen mittelfristig eine Klimaprojektion für die Köln/Bonner Bucht zu erstellen. Auf die Nachfrage was „mittelfristig“ heiße, versprach man eine schriftliche Antwort.

Immerhin sahen sich SPD und Grüne offensichtlich durch die Anfrage motiviert, erste Anträge in Bezug auf „Anpassung an den Klimawandel“ für den letzten Umweltausschuss zu stellen. In ihrer Begründung gehen sie explizit auf die in der mündlichen Anfrage thematisierte NRW-Studie ein. Ebenso gibt es zu diesem Themengebiet einen Antrag der Grünen für die Ratssitzung. Also auch hier kann man mal wieder sagen: Links wirkt! – auch öko-logisch.

HP Fischer

Am 9. Juni kam es in der ArGe an der Luxemburger Straße zu einem massiven Polizeieinsatz gegen die Beistände einer kranken Frau. Anstatt ihrer „Kundin“ in einer akuten Notlage zu helfen, wurden ihre Beistände mit polizeilicher Gewalt aus der ArGe entfernt.

Frau M. erschien in der Sozialberatung, die in den Räumen der Partei DIE LINKE durchgeführt wird, und berichtete von ihren Schwierigkeiten mit der ArGe. Nach ihrem Umzug in eine neue Wohnung hatte sie, mit der jetzt zuständigen ArGe-Mitte, eine Reihe von Problemen, so war sie z. B. nicht mehr krankenversichert. Zur Klärung dieser Probleme erhielt sie einen Termin, bei dem sie von einem Genossen aus der Sozialberatung begleitet wurde. Nach einem anfänglich ruhigen und konstruktiven Gespräch, änderte sich die Tonlage der Sachbearbeiterin schlagartig, als Frau M. einen Vorschuss beantragte. Die Angestellte der ArGe erklärte, dass sie lediglich einen Le-

Polizeieinsatz in der ArGe-Mitte

bensmittelgutschein ausstellen kann. Selbst der Hinweis des Beistands, dass sich Frau M. mit einem solchen Gutschein nicht die notwendigen Medikamente (u.a. Insulin) kaufen kann, überzeugte nicht.

Zur selben Zeit fand in der benachbarten ArGe-Süd eine Aktion der KEA´s (Kölner Erwerbslosen in Aktion) statt. Unser Berater setzte sich mit diesen ca. 15 Mitstreitern in Verbindung, und erhielt sofort personelle Unterstützung. Da sowohl der zuständige Teamleiter als auch sein Stellvertreter nicht erreichbar waren, wurde die Standortleiterin mit dem Sachverhalt konfrontiert. Aber auch ein halbstündiges Gespräch von nun zwei Beiständen mit der Standortleiterin brachte keinen Erfolg. Spontan entschied sich die in der Wartezone wartende Gruppe dazu, das Büro solange zu besetzen, bis Frau M. ihr Geld erhält.

Wer die Polizei rief, lässt sich nicht mehr feststellen. Fakt ist aber, dass sehr schnell circa zehn Polizisten im Büro der Standortleiterin erschienen und das Büro mit Gewalt räumten. Nach den Motiven der Aktivisten wurde nicht gefragt. Die Polizei setzte das „Hausrecht“ der ArGe durch, ohne sich über die Verhältnismäßigkeit ihres Handelns zu versichern. Während der Räumung wurden zwei Aktivisten zu Boden geworfen und gefesselt. Einer anwesenden Journalistin, die die gesamte Aktion gefilmt hatte, wurde das Videoband gewaltsam entzogen. Diesen Übergriff auf die Pressefreiheit begründete die Polizei mit der „Notwendigkeit der Beweissicherung“.

Es bleibt noch anzumerken, dass Frau M. nach der Räumung ihren Vorschuss erhielt, damit wurde die Rechtmäßigkeit ihrer Forderung bestätigt.

*Richard Klein
Mitglied der Projektgruppe
„Jetzt Aufstehen gegen Hartz IV!“*

ARGE-Anfragen bieten Betroffenen Rechts-sicherheit

DIE LINKE hat im Sozialausschuss immer wieder Anfragen zu den Praktiken der ARGE gestellt. In den Antworten wurde oft klar, dass die ARGE als Ganzes oder einzelne Mitarbeiter Praktiken anwendet, die nicht erlaubt sind. Die Antworten können Betroffene zu ihren Terminen mitnehmen und sich auf die Auskünfte der Verwaltung berufen. Anfragen gibt es u. a. zu folgenden Themen: *Ansparungen für Rücklagen beim ALG II · Arbeitsgelegenheiten · Ausstellung von Maklerscheinen · Auszahlung von ALG II · Köln-Pass · Neue Wohngeldnovelle · Sanktionen · Stromsperrern · Umzüge · unangemessen hohe Kosten der Unterkunft · Verdrängung regulärer Arbeit durch 1-Euro-Jobs · Vorladung von Schülern durch die ARGE · und viele mehr*

Sollte die ARGE dann immer noch auf die beanstandete Art und Weise verfahren, sollte man die Fraktion informieren:

Tel. 0221/221-27840

DIE LINKE beantragt Rückkehr in den Kommunalen Arbeitgeberverband für SBK

Die Auseinandersetzungen um die Löhne bei den Sozial-Betrieben Köln (SBK) nehmen kein Ende. Bereits im August letzten Jahres wollte DIE LINKE durch einen Ratsbeschluss den Austritt der SBK aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) ohne weitere Bedingungen unterbinden. Flugs zauberten SPD, Grüne, CDU und FDP einen gemeinsamen Antrag hervor, der stattdessen eine „tarifvertragliche Lösung“ favorisierte, „die einen Austritt aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband gegenstandslos macht“. Dieser Antrag wurde verabschiedet.

Der Austritt der SBK erfolgte dann im Januar 2009. Damit sind sie der einzige städtische Betrieb ohne tarifvertragliche Bindung. Das führt zu dem unhaltbaren Zu-

stand, dass ein Teil der Belegschaft noch nach dem TVöD bezahlt wird, während Neubeschäftigte und Beschäftigte mit Anschluss- bzw. neugestalteten Arbeitsverträgen außertariflich bezahlt und zu schlechteren Bedingungen beschäftigt werden.

Dieser Zustand, kommunale Beschäftigte „2. Klasse“ zu haben, stört nicht nur den Betriebsfrieden und somit die Qualität der Dienstleistungen, sondern widerspricht auch der Intention des alten Ratsbeschlusses.

Deshalb hat DIE LINKE zur Ratssitzung einen Antrag gestellt, in dem Gesellschaftervertreter angewiesen werden, alles dafür zu tun, damit die SBK wieder Mitglied mit voller Tarifbindung wird.

Michael Kellner

EDS streikt vor dem Bankhaus Sal. Oppenheim

Die Mitarbeiter der Firma EDS, die u. a. im Bankhaus Sal. Oppenheim für die IT zuständig ist, streikt für einen neuen Tarifvertrag. Der Fraktionsvorsitzende Jörg Detjen sprach der Belegschaft im Namen der Fraktion, des Kreisverbandes und der Kölner Bundestagsabgeordneten der LINKEN, Ulla Lötzer, seine Solidarität aus. Er hob hervor, dass das Bankhaus in Köln sowohl mit dem Skandal um die neuen Messehallen als auch mit der Krise von Karstadt in Verbindung steht. Er bezeichnete den Streik als „ermutigend“ für viele Kölnerinnen und Kölner.





Solidaritätsbesuch bei Karstadt-Beschäftigten

Jörg Detjen, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. Köln im Rat und Spitzenkandidat bei der Kommunalwahl, die Bundestagsabgeordnete Ulla Lötzer und die stellvertretende Kölner Parteivorsitzende Gisela Stahlhofen, Spitzenkandidatin der LINKEN für den Rat, besuchten am 8. Juni die um ihre Arbeitsplätze kämpfenden Karstadt-Beschäftigten. Die Bundesregierung und - wegen der Bedeutung des Kölner Standortes für eine lebendige Innenstadt - auch die Stadt Köln müssen Verantwortung für den Erhalt der Arbeitsplätze übernehmen, so die auch im Insolvenzverfahren gültige Grundbotschaft ihrer Solidaritätsadresse.

Ulla Lötzer (3. von links), Gisela Stahlhofen (4. von links), Jörg Detjen (ganz rechts)

Trotz Konjunkturmittel bleiben die Kommunen arm und Verlierer der Krise!

CDU und SPD werden nicht müde, zu verkünden, dass rund 12 Milliarden EUR (davon 9,8 Mrd. EUR als Zuschüsse und 2,2 Mrd. EUR als Kreditrahmen der KfW) zusätzliche Investitionsmittel im Rahmen des Konjunkturprogramms für öffentliche Investitionen zur Verfügung stehen und davon insbesondere die Kommunen profitieren. Zudem wird der Eindruck erweckt, dass mit diesen zusätzlichen Finanzmitteln die Kommunen im Geld „schwimmen“. Die reale Situation ist aber eine ganz andere und hat mit der „Schönwetterdarstellungspolitik“ von CDU und SPD nicht viel zu tun. Denn in dieser Zahl enthalten sind die kommunalen Eigenmittel, meist 25 Prozent.

Zudem ist die Bewertung „zusätzliche Finanzmittel“ eine bewusste Irreführung. In der Folge des vom Bund und Länder beschlossenen Konjunkturprogramms legen die Kommunen finanziell drauf. Dies hat zum einen mit den Steuerrechtsänderungen bei der Einkommens- und Gewerbesteuer zu tun, die im Rahmen des Konjunkturprogramms eingeführt wurden.

Die Steuereinnahmen der Gemeinden werden – der jüngsten Steuerschätzung zufolge – im laufenden Jahr um fast 9% einbrechen, das sind rund 7 Mrd. Euro.

Der Löwenanteil dieses Rückgangs entfällt auf die Gewerbesteuer, sie bricht von 41 auf 35 Mrd. Euro ein. Dabei unterstellen die Steuerschätzer für das laufende Jahr einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 5,3%, für 2010 schon wieder ein Wachstum um 1,2%. Rund zwei Drittel der kommunalen Einnahmeausfälle des laufenden Jahres sind unmittelbare Folge der Wirtschaftskrise; das verbleibende Drittel (fast 2 Mrd. EUR) ist durch die Steuerer-

leichterungen verursacht, die im Rahmen der Konjunkturpakete beschlossen wurden. Für das Jahr 2010 erwartet die Steuerschätzung einen weiteren Rückgang um rund 3 Mrd. Euro (kumuliert somit auf fast 10 Mrd. EUR). Hier schlagen die Konjunkturmaßnahmen noch stärker zu Buche.

Ab 2011 sollen die kommunalen Einnahmen dann wieder steigen. Diese Prognose beruht auf der Annahme eines Wirtschaftswachstums von über 3% ab 2011. Derzeit sind solche Zahlen jedoch völlig spekulativ. Auch in diesem Szenario wäre das Niveau der kommunalen Einnahmen von 2008 frühestens im Jahr 2013 wieder erreicht – die Inflation nicht berücksichtigt.

Die Einnahmeverluste der Kommunen infolge der Krise und der Steuerrechtsänderungen im Rahmen des Konjunkturprogramms ergeben sich aus der Struktur der Finanzverfassung. So sind die Kommunen mit 15% am Aufkommen der Einkommenssteuer beteiligt. Das sinkt nicht zuletzt durch die Anhebung des Steuerfreibetrages von 7.600 EUR auf rund 8.000 EUR, die Senkung des Einkommensteuersatzes von 15 auf 14%, die Wiedereinführung der Pendlerpauschale und die steuerliche Absetzbarkeit von Sozialbeiträgen durch die Arbeitnehmer.

Bei der Gewerbesteuer wird es Reduzierungen ergeben, weil diese überwiegend gewinnorientiert ist. Umsatzrückgänge bei den Unternehmen reduzieren im Regelfall die Gewinne, weil die Kosten nicht linear zu den Umsätzen sinken. Zudem wurde beschlossen, dass die Unternehmen 2009 und 2010 die Abschreibungen auch degressiv vornehmen können, was zu höheren Abschreibungsbeträgen, also Kosten, führt, die wiederum die Gewinne schrumpfen lässt.

Werden die beschriebenen Prognosen

Realität, sind die Konjunkturmittel eben nicht „zusätzlich“, sondern nur ein anteiliger Ausgleich für Steuerausfälle, die die Kommunen selbst nicht zu verantworten haben.

Die Folgen der Steuerausfälle für die Kommunen sind noch nicht genau abschätzbar. Zu befürchten ist jedoch, dass die Kommunen künftig nicht im erforderlichen Maße investieren können und dadurch ein weiterer Verfall der Infrastruktur, insbesondere bei Kindertagesstätten, Schulen und Straßen entsteht. Dabei wird der kommunale Investitionsstau bis 2020 bundesweit auf rund 700 Mrd. EUR geschätzt (pro Jahr rund 47 Mrd. EUR). Über 400 Mrd. EUR entfallen dabei auf Instandhaltungsinvestitionen, der Rest sind Erweiterungsinvestitionen zur Schließung von Infrastrukturlücken.

Auch daran wird deutlich, dass die angeblichen zusätzlichen Konjunkturmittel in Wahrheit eben nur ein anteiliger Ausgleich für Finanzausfälle sind. Die Kommunen und die Bürger sind wieder einmal die Opfer der Krise, auch weil der Abbau von sozialen und freiwilligen Aufgaben in der Kultur, im Sport und im Freizeitbereich droht.

Wenn jetzt nicht gehandelt wird, ist eine zunehmende Verarmung in den Kommunen zu erwarten. Nun muss die Diskussion über eine grundsätzliche Reform der Kommunalfinanzierung geführt werden. Die LINKE und die kommunalen Spitzenverbände haben hierzu seit Jahren Vorschläge unterbreitet. Eine Mehrheit im Bundestag verweigert jedoch hier grundsätzliche Neuregelungen. Zumindest diese Blockadehaltung muss in der Öffentlichkeit thematisiert werden.

Die Kommunen brauchen kein Wehjammern sondern Unterstützung durch Bund und Land.

*Frank Kuschel
ist kommunalpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion der LINKEN in Thüringen*

Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Köln, Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41

email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

30.000 ErzieherInnen demonstrierten trotz schlechten Wetters in Köln. Es folgte der Bildungstreik, an dem mehrere Tausend SchülerInnen, Studierende und Auszubildende teilnahmen. Die Symptome eines kranken Bildungssystems werden immer deutlicher. Neben der Wirtschaftskrise gibt es auch eine Bildungskrise. Gleichzeitig wird die Forderung nach einer weiteren Gesamtschule in Köln immer lauter. Das sind gute Aussichten für Veränderung.

Wenn es um das mehrgliedrige Schulsystem geht, führen bürgerliche Parteien gerne den Elternwillen an. Mit Argumenten wie „Die Eltern wollen das so“ oder „Nur so wird jeder nach seinen Fähigkeiten gefördert“ wird das überalterte selektive Schulsystem verteidigt.

Das Anmeldeverhalten zeigt allerdings, dass die Eltern sehr wohl eine Alternative zum dreigliedrigen Schulsystem bevorzugen.

Doch selbst die ureigene Argumentation „Elternwille“ der bürgerlichen Parteien wird in Köln zunichte gemacht. Denn bei der Anmeldung zum Schuljahresbeginn 2009/10 wurden erneut ca. 800 Kinder an Kölner Gesamtschulen abgelehnt. Auch in den vergangenen Jahren wurden stets mehrere Hundert Kinder aus Platzmangel abgelehnt. Demgegenüber hatten laut dem Kölner Stadt-Anzeiger neun Hauptschulen im ersten Durchlauf zu wenige Anmeldungen. Der Trend macht deutlich, dass auch in Zukunft ein hoher Bedarf vorhanden sein wird.

Dennoch wurde der Wunsch nach weiteren Gesamtschulen immer mit Vorschriften der Landesregierung abgeblockt. Nun hat das Verwaltungsgericht Köln kürzlich festgestellt, dass für die Einrichtung einer Gesamtschule nicht zwingend ein Drittel der angemeldeten Kinder eine Grundschulempfehlung für das Gymnasium besitzen müssen. Damit ist eine formale Hürde gefallen. Nun ist der politische Wille entscheidend.

Deshalb hat DIE LINKE. Köln zur Ratsitzung einen Prüfantrag zur Errichtung einer neuen Gesamtschule gestellt. Der An-

Eine Schule für Alle – Für Köln eine weitere Gesamtschule – jetzt!



Mit einer Postkartenaktion fordert DIE LINKE mit Nachdruck die Einführung einer weiteren integrierten Gesamtschule in Köln. Postkarten können in der Fraktion abgeholt und unterschrieben abgegeben werden. Sie werden von uns zentral gesammelt und zusammen abgegeben.

trag fordert die Verwaltung auf, die notwendigen Schritte zu prüfen und dazu vorher eine Elternbefragung und ein Symposium zur weiteren Gestaltung des Schulentwicklungsplans durchzuführen. An diesem Symposium müssen alle Akteure von Elternverbänden, Schülervertretungen, Lehrerverbänden, dazu Initiativen wie Mittendrin e. V., beteiligt werden.

Merkwürdigerweise haben SPD und Grüne im vergangenen Schulausschuss auch mit einem Dringlichkeitsantrag beschlossen, eine Elternbefragung zum Wech-

sel auf eine weiterführende Schule sowie eine Fachtagung zum Thema „Längeres Gemeinsames Lernen“ durchzuführen. Dieser Antrag geht der LINKEN allerdings nicht weit genug.

Denn nun muss endlich gehandelt werden. Ein klares Bekenntnis zu einer weiteren Gesamtschule fehlt. Um keine Zeit zu verlieren, sollte die Verwaltung nun schon prüfen, welche konkreten Maßnahmen erforderlich sind. Eine allgemeine Diskussion zum Thema Gemeinschaftsschule ohne folgende konkrete Maßnahmen im Schulentwicklungsplan bringt uns nicht weiter. Jedes weitere Jahr mit zu wenigen Gesamtschulplätzen in Köln bedeutet mangelnde Chancen für unsere Kinder.

Das kranke, alte und selektive Bildungssystem wird nicht mehr lange überleben. „Eine Schule für Alle“ muss her. Das Argument, die Gesamtschule sei gescheitert, ist nicht richtig. Doch es ist richtig, dass die Gesamtschule, weil sie neben anderen Schulformen existiert und keine „Einheitschule“ ist, zum Scheitern verurteilt ist. Wenn man das der Gesamtschule vorwirft, ist es dasselbe wie für den Frieden einzutreten, aber Waffen zu verkaufen.

Einfach an alten Strukturen festzuhalten, bringt uns nicht weiter. An alten Strukturen festzuhalten macht nur dann Sinn, wenn die Strukturen einen Sinn machen. Und diese Schulstruktur macht keinen Sinn, zu mindest nicht für die meisten Schülerinnen und Schüler, sondern nur für eine kleine Elite. Dies hat auch der Bildungstreik gezeigt.

Doch bis „eine Schule für Alle“ errichtet ist, muss dem Elternwillen entsprochen und mindestens eine weitere Gesamtschule eingerichtet werden. Özlem A. Demirel